

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/69

11. April 1972

Europa und die Dritte Welt

Zum Memorandum der Kommission der EWG über
eine gemeinschaftliche Entwicklungspolitik

Von Brigitte Freyh
Parlamentarische Staatssekretärin im
Ministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Eine gute Saison

Zur Schwarzmalerei besteht kein Anlaß

Von Heinz Bühringer MdL
Landesvorsitzender SPD Baden-Württemberg
und Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter
Landtag

Seite 3 / 47 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Jugend bejaht Ostpolitik der Bundes-
regierung

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Europa und die Dritte Welt

Zum Memorandum der Kommission der EWG über eine
gemeinschaftliche Entwicklungspolitik

Von Brigitte Freyh

Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Kommission der EWG hat in einem Memorandum über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Vorschläge ausgearbeitet, wie im Rahmen der fortschreitenden Integration der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik auch die Entwicklungspolitik stärker koordiniert und vereinheitlicht werden könnte. Die Bundesregierung hat ihre Stellungnahme zu diesen Vorschlägen dem Parlament zugeleitet, und der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat die Beratung dieser Stellungnahme aufgenommen. Diese Beratung erhält einen besonderen Akzent dadurch, daß entwicklungspolitische Sprecher der Opposition seit längerem den Vorwurf wiederholen, die Bundesregierung bemühe sich nicht, ihre Entwicklungspolitik stärker in die EWG zu integrieren. Gleichzeitig wird als Rezept angeboten, in einem besonderen Stufenplan mit zeitlicher Fixierung festzuschreiben, wie die bilaterale Entwicklungshilfe der EWG-Mitgliedsstaaten in die Kompetenz der Gemeinschaft zu überführen ist.

Die Bundesregierung lehnt derartige schematische und wirklichkeitsfremde Pläne ab. Sie bekennt sich eindeutig zu dem Ziel, die europäische Integration auch im Bereich der Entwicklungspolitik zu fördern. Eine europäische Wirtschaftspolitik kann nicht ohne Einbeziehung der Entwicklungspolitik in sich geschlossen sein. In Übereinstimmung mit der EWG-Kommission ist die Bundesregierung aber der Auffassung, daß praktische Ergebnisse nur schrittweise und in Einklang mit Integrationsfortschritten vor allem im wirtschaftlichen und politischen Bereich und im institutionellen Ausbau der Gemeinschaft erzielt werden können. Schon jetzt stimmen

sich die Bundesregierung und andere Regierungen der Mitgliedsstaaten in immer häufigeren und engeren Konsultationen über ihre entwicklungspolitischen Maßnahmen ab.

Auf diesem Weg gilt es fortzufahren und die Abstimmungen noch effektiver und verbindlicher zu gestalten. Die EWG selbst, die bisher mit drei Entwicklungsfonds erhebliche Mittel an die assoziierten Staaten geleistet hat, muß ihre Hilfe auf eine breitere Basis stellen. Das heißt einmal, daß die nur historisch begründete geographische Konzentrierung der Hilfe allmählich in eine weltweite Entwicklungspolitik übergehen muß. Die mit der Aufnahme Großbritanniens anstehende Assoziation afrikanischer Commonwealth-Länder wird ein erster Schritt auf diesem Weg sein. Zum zweiten muß die Hilfe der EWG aber auch über ihre bisherige Begrenzung auf Projekte der Infrastruktur, der Landwirtschaft und der Industrie hinausgeführt werden.

Bei aller Bejahung der europäischen Einigung darf aber auch unsere entwicklungspolitische Konzeption nicht aus den Augen verloren werden. Nicht, daß wir glaubten, mit der Konzeption den Schlüssel zur Lösung aller Probleme der Dritten Welt gefunden zu haben. Wir können auch nicht erwarten, daß sich unsere Partner nach unserer Konzeption richten müßten. Wir müssen allerdings davon ausgehen, daß Fortschritte nur möglich werden, wenn auch über die Grundlagen eines gemeinsamen Sachkonzepts Einigkeit erzielt wird. Und schließlich sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß es eine bestimmte Schwelle gibt, an der eine Ausweitung der Zuständigkeiten der EWG nur noch dann vertretbar ist, wenn sie von einer tatsächlichen parlamentarischen Kontrolle auf europäischer Ebene begleitet wird. (-/ex/11.4.1972/ks)

+ + +

Eine gute Saison

Zur Schwarzmalerei besteht kein Anlaß

Von Heinz Bühringer MdL

Landesvorsitzender SPD Baden-Württemberg und
Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag

Große Reiseunternehmen frohlocken: Dies wird eine gute Saison! In diesen Frühlingstagen mehren sich die Meldungen, daß die Bürger unseres Landes reisefreudiger denn je geworden sind. Und wer demnächst Gelegenheit nehmen wird, sei es auch nur einen kurzen Abstecher ins benachbarte oder auch fernere Ausland zu machen, der wird feststellen, daß die Deutsche Mark international gehärtet ist. Sie ist im Ausland willkommen, mit ihr die deutschen Gäste.

Dies als deutliches Indiz für die solide finanz- und wirtschaftspolitische Situation, in der wir uns derzeit im internationalen Rahmen befinden. Doch das Reisen allein tut es natürlich nicht, wiewohl sich diese angenehme Erscheinung nur vor dem Hintergrund einer ausgewogeneren Entwicklung im Innern ergeben kann. Dazu konnte das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg dieser Tage mit bemerkenswerten neuesten Daten aufwarten. Aus ihnen ergibt sich einmal, daß die Arbeitslosenquote in unserem Bundesland mit 0,7 vH. im internationalen Vergleich extrem niedrig liegt. Das heißt die Vollbeschäftigung ist hierzulande voll gewährleistet und auch in absehbarer Zeit in keiner Weise gefährdet. Und wenn festgestellt werden kann, daß nach einer ausgesprochenen Hochkonjunktur nun eine Phase des konjunkturellen Gleichgewichts erreicht ist, so ist dazu die Beobachtung nachlassender Preisauftriebstendenzen wesentlich.

Ein rosarotes Bild? Keineswegs, sondern das Festhalten nüchterner Fakten angesichts einer von der CDU hier im Land betriebenen Panikmache. Und auf die nüchterne Betrachtungsweise kommt es an, will man sich klar darüber werden, wo wir stehen und was zu tun notwendig ist.

Mehr denn je steht - und dies mit Recht - in der öffentlichen Diskussion hier im Land die Frage im Vordergrund, wie wir es halten wollen mit dem Verhältnis zu unseren Nachbarn und auch zu den etwas weiter räumlich entfernten Völkern in Ost und West und in der sogenannten Dritten Welt. Mehr und mehr gewinnt da die erfreuliche Einsicht Platz, daß es den Weg der Isolation nicht geben kann, heute schon gar nicht mehr. Appelle unter anderem von namhaften Persönlichkeiten der Kirche und der Hochschulen in Baden-Württemberg haben im Blick auf die Landtagswahl am 23. April zur Unterstützung der Politik der SPD aufgerufen.

Was den von Kanzler Brandt und unserer Bundesregierung angestrebten Ausgleich auch mit den Völkern des Ostens angeht, so kann dieser eben nur geschehen auf der Basis einer starken, leistungsfähigen Demokratie in unserem Land, die für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgt, dem Bürger damit individuellen Freiheitsraum sichert und somit ganz natürlich eine Immunisierung gegen den Kommunismus bringt. Darin liegt unsere Stärke, und diese Stärke auszubauen ist das durchgängige Anliegen sozialdemokratischer Politik. - Und nebenbei: Eine wirtschaftliche Isolation können wir uns schon gar nicht leisten. Wer also um sein und unser aller Wohl besorgt ist, kann und darf eine Politik des Beharrens nicht dulden.

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Jugend bejaht Ostpolitik der Bundesregierung

Folgende Erklärung wurde von den 139 Teilnehmern des jugendpolitischen Kongresses des Deutschen Bundesjugendringes am 6. April 1972 in Stuttgart bei 23 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen angenommen:

Die Entspannungs- und Friedenspolitik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, deren Ergebnis sich in den Verträgen von Moskau und Warschau sowie im Berlin-Abkommen widerspiegelt, wird vom jugendpolitischen Kongreß des Deutschen Bundesjugendringes begrüßt.

Die von der Bundesregierung mit den Regierungen der UdSSR und der Volksrepublik Polen abgeschlossenen Verträge sind die Grundlage für eine zukünftige friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern dieser Länder.

Sie sind entscheidende Schritte zur Einleitung einer europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik; mit dem Inkrafttreten der Verträge wird es gelingen, die Politik des Kalten Krieges in Europa endgültig zu beenden.

In der Vier-Mächte-Vereinbarung über Berlin, die durch den Abschluß der Verträge von Warschau und Moskau möglich wurde, und an deren Zustandekommen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wesentlich beteiligt waren, sehen die Teilnehmer des jugendpolitischen Kongresses des Deutschen Bundesjugendringes einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und zum Abbau der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die Ergebnisse der Ostpolitik der Bundesregierung werden insbesondere für die junge Generation unseres Landes neue Perspektiven einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Völkern Ost-europas eröffnen. Gerade die Angehörigen der jungen Generation

werden von dieser auf Entspannung und Friedenssicherung gerichteten Politik der Bundesregierung den größten Nutzen haben. Die Ratifizierung der Verträge wird der Jugend Europas zukünftig ermöglichen, einander offen und vorurteilsfrei zu begegnen.

Die Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland werden die internationale Zusammenarbeit der Jugend in ganz Europa weiterhin mit allen Kräften fördern. Damit leisten sie ihren Beitrag zur Verständigung der Völker.

Eine Ablehnung der Ostverträge würde die Bemühungen um Frieden und Sicherheit in Europa erschweren und die Bundesrepublik im Westen und Osten isolieren.

Die Jugendverbände der BRD bemühen sich darum, bei Begegnungen mit Jugendlichen aus sozialistischen Ländern einen Beitrag zur Verständigung, zum Ost-West-Dialog und zum Abbau von Vorurteilen zu leisten. Diese Bemühungen haben auch das Ziel, den Gedanken eines gesamteuropäischen Jugendwerkes voranzutreiben. Eine Ablehnung der Ostverträge fände bei den Jugendlichen in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der DDR, kein Verständnis.

Das Verhältnis eines Teiles der jungen Generation zu den politischen Parteien kann empfindlich gestört werden, wenn die Ostverträge unter dem Gesichtspunkt parteipolitischer Machtfragen behandelt werden. Die Gewissensentscheidung der Abgeordneten sollte sich am Ziel einer friedlichen Zukunft in Europa orientieren und auf dem Weg der Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn nach vorn weisen.

Deshalb fordert der jugendpolitische Kongreß des DBJR alle Mitglieder des Bundestages auf, den Ostverträgen ihre Zustimmung zu geben und dadurch den Weg freizumachen für eine durch friedliches Zusammenleben bestimmte Zukunft. (-/ex/11.4.1972/ks)